

## »Sie mögen diese Farbe nicht«

### In Berlin-Spandau sind Asylbewerber zum Nichtstun verdammt

Von Tim Zülch



Trost in der Heiligen Schrift

Foto: Tim Zülch

Ein hoher Zaun, ein Eisentor. Ein Pförtner kontrolliert in Berlin-Spandau in der Motardstraße den Zugang: »Zu Edward Lino\*, bitte.« Hinein in das Asylbewerberheim kommt man nach Voranmeldung oder wenn man den Namen eines Bewohners nennen kann.

Auf dem Gelände stehen fünf dreistöckige Containerbauten und ein Bürogebäude. In einer Ecke ein kleiner Spielplatz für die Kinder. Die Wohnblocks sind hellgrau, die Gänge im Innern hellgelb gestrichen, auf den Türen Zahlen. An der Tür 3113 steht »12,18 qm«. Seit 1995 wird das Haus von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) im Auftrag des Berliner Senats als Erstaufnahmeheim für Flüchtlinge im Asylverfahren genutzt.

Als die Kapazität nicht mehr ausgelastet werden konnte, wurden von den Berliner Bezirken zunehmend Flüchtlinge eingewiesen, die sich »unkooperativ« zeigten. Vermutliches Kalkül sei, kritisieren Flüchtlingsgruppen, die Menschen zu einer »freiwilligen Ausreise« zu motivieren bzw. sie zu bewegen, an der eigenen Abschiebung mitzuwirken. Außerdem muss der Senat der AWO, laut Vertrag, pro Tag 9,27 Euro für jeden nicht belegten Platz zahlen. Ein gutes Drittel der momentan 459 BewohnerInnen befindet sich nicht im Asylverfahren. Während für Flüchtlinge im Asylverfahren die Aufenthaltsdauer in der Motardstraße auf drei Monate begrenzt ist, gibt es für diese Menschen keine zeitliche Beschränkung.

Tür 3113: Edward Lino wohnt seit eineinhalb Jahren hier. Edward Lino ist Zeuge Jehovas. Die christliche Bevölkerung Sudans sollte nach Ansicht muslimischer Gruppen zum Islam konvertieren und Arabisch lernen – Lino floh. Als er endlich in Deutschland ankam, war sein größter Fehler, dass er die Polizei rief, um Asyl zu beantragen. Er wurde ins Abschiebegefängnis Köpenick gesteckt, erzählt er. Dort verbrachte er viereinhalb Monate. Es klingt bitter, wenn er sich an seine erste Nacht im Polizeigewahrsam, an die Holzpritsche und geflieste Wände erinnert.

»Doch hier ist es schlimmer als in der Abschiebehaft«, sagt Edward Lino plötzlich, schaut aus ehrlichen Augen, wartet auf eine Reaktion. Er sitzt auf einem einfachen Holzstuhl. »Ich habe hier keine Freunde«, erklärt er. Das war in der Abschiebehaft besser, da habe man wenigstens Tischtennis und Basketball spielen können. In der Motardstraße bleibt er dagegen den ganzen Tag in seinem Zimmer, das sie sich zu zweit teilen. »Ich schlafe, lese die Bibel oder schaue Fernsehen.« Ohne Fernseher oder Radio wäre er längst verrückt geworden, sagt er. Das Heim liegt abgelegen, sodass es für die BewohnerInnen schwer ist, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Das nächste öffentliche Telefon befindet sich im U-Bahnhof Paulsternstraße, ein Supermarkt ist vier Busstationen entfernt. Fahrkarten können sich viele BewohnerInnen nicht leisten. Edward Lino bekommt 161 Euro im Monat. Dafür müsse er Lebensmittel, aber auch Seife, Toilettenpapier und Rasierzeug kaufen. 4,20 Euro für zwei Fahrkarten könne er daher meist nicht finanzieren. Andere BewohnerInnen bekommen Fertiggerichte der Firma Dussmann und ein Taschengeld von 40 Euro.

Für den Abgeordneten Benedikt Lux (Grüne) ist klar: »Die Menschen, die sich nicht im Asylaufnahmeverfahren befinden, gehören nicht hier hin, sondern in Wohnungen und sollen sich selbst verpflegen können.« Es gebe genug Wohnraum, der dafür genutzt werden könne, sagt Lux. Da sowohl der Mietvertrag als auch der Versorgungsvertrag mit der AWO Ende des Jahres auslaufen, fordern Flüchtlingsgruppen eine Schließung des Heims zu diesem Zeitpunkt. »Alle Optionen werden momentan geprüft«, heißt es dazu aus der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales. Für den April hat das »Bündnis gegen Lager« dennoch mehrere Aktionen gegen »das Lager Motardstraße« und gegen die Einweisungspraxis der Bezirke angekündigt. Speziell wolle man sich dabei auf Marzahn-Hellersdorf und Pankow konzentrieren, die beide verhältnismäßig viele Menschen in die Motardstraße schicken. Edward Lino wurde vom Sozialamt Spandau hier eingewiesen. Auf Erfahrungen mit den Sachbearbeitern dort angesprochen, zeigt er auf seinen Unterarm. »Sie mögen keine Fremden und sie mögen diese Farbe nicht.«

\*Name auf Wunsch geändert